

Stuttgart, 29.06.2017

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS), Jahresabschluss 2016

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Gemeinderat	Vorberatung Beschlussfassung	öffentlich öffentlich	19.07.2017 20.07.2017

Beschlussantrag

1. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2016 fest mit:

€

einer Bilanzsumme von 149.187.000,92

davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen	95.757.892,66
- das Umlaufvermögen	22.505.710,77
- die Rechnungsabgrenzungsposten	30.923.397,49

davon entfallen auf der Passivseite auf

- die Rücklagen	13.900.771,25
- den Gewinn	465.997,32
- die Rückstellungen	64.359.138,95
- die Verbindlichkeiten	70.461.093,40

Die Erträge betragen 112.547.381,46

Die Aufwendungen betragen 115.627.130,16.

Somit beträgt der Jahresverlust 3.079.748,70.

Finanzierungsmittel für den Haushalt der Stadt nach § 14 Abs. 3 EigBG sind nicht vorgesehen.

2. Das Ergebnis des Betriebsbereiches „Mineralische Deponie“ in Höhe von 220.403,97 € wird zu Lasten des Gewinnvortrages der zweckgebundenen Rücklage zugeführt und

zur Finanzierung von Investitionen entsprechend dem jeweiligen Vermögensplanes entnommen.

3. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 2.859.344,73 € wird mit dem Gewinnvortrag verrechnet.
4. Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2016 entlastet.
5. Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH wird beauftragt, den Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Stuttgart zu prüfen.

Kurzfassung der Begründung

Der Jahresabschluss 2016 des AWS ist gemäß den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung erstellt worden.

Über den Jahresabschluss des AWS gibt der Bericht der Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH mit Bestätigungsvermerk vom 11.5.2017 entsprechend Auskunft. Die örtliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ergab keine Anhaltspunkte, die der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 gemäß § 16 Abs. 3 EigBG und der Entlastung der Betriebsleitung für 2016 entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen

Vorliegende Anfragen/Anträge:

keine

Erledigte Anfragen/Anträge:

keine

Dirk Thürnau
Bürgermeister

Dr. Thomas Heß
Geschäftsführer

Anlagen

- Anlage 1: Ausführliche Begründung
- Anlage 2: Bilanz 2016
- Anlage 3: Gewinn- und Verlustrechnung 2016
- Anlage 4: Lagebericht 2016
- Anlage 5: Anhang 2016
- Anlage 6: Erfolgsplanvergleich 2016
- Anlage 7: Vermögensplanabrechnung 2016
 - a) Einnahmen
 - b) Ausgaben

Nur für den Betriebsausschuss Abfallwirtschaft Stuttgart:

- Bericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS), Stuttgart
- Bericht der Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH über den Jahresabschluss zum 31.12.2016 mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht

1. Allgemeines

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart wird nach dem Beschluss des Gemeinderates vom 7.12.2000 als Eigenbetrieb im Sinne des § 102 GemO BW geführt.

Der Jahresabschluss des AWS wurde nach den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) und den Bestimmungen des EigBG BW über die Gliederung und den Ausweis der Posten der Bilanz aufgestellt.

Der Jahresabschluss 2016 wurde von Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die örtliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ergab keine Anhaltspunkte, die der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 gemäß § 16 Abs. 3 EigBG und der Entlastung der Betriebsleitung für 2016 entgegenstehen.

Die ausführlichen Berichte der Prof. Dr. Binder, Dr. Dr. Hillebrecht & Partner GmbH und des Rechnungsprüfungsamtes werden den Mitgliedern des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft zur Verfügung gestellt.

2. Erläuterungen zum Jahresabschluss

2.1 Bilanz zum 31. Dezember 2016 (siehe Anlage 2)

Die Bilanzsumme des AWS betrug zum 31.12.2016 rd. 149,2 Mio. € (i. V. rd. 154,1 Mio. €).

Auf der Aktivseite betragen die Immateriellen Vermögensgegenstände rd. 918 T€ (i. V. rd. 151 T€) und das Sachanlagevermögen rd. 40,4 Mio. € (i. V. rd. 40,3 Mio. €). Die Aufteilung der Zugänge auf die einzelnen Betriebsbereiche lautet wie folgt:

	T€
Fahrbetrieb	4.418
Abfallentsorgung	1.953
Straßenreinigung und Winterdienst	821
Mineralische Deponie	324
Werkstatt	37
Öffentliche Toilettenanlagen	15

Im Wesentlichen betreffen die Zugänge für den Fahrbetrieb die Anschaffung von Kraftfahrzeugen sowie An- und Aufbausysteme. Die wesentlichen Zugänge im Betriebsbereich Abfallentsorgung betreffen das Behälteridentifikationssystem (913 T€), Müllbehälter (rd. 374 T€) und Zugänge im Zusammenhang mit der Planung der Bioabfallvergärungsanlage (rd. 292 T€). Im Bereich Straßenreinigung/Winterdienst betreffen rd. 531 T€ die Planung und den Bau von Silosanlagen.

Das Finanzanlagevermögen beträgt rd. 54,5 Mio. € (i. V. rd. 53,8 Mio. €). Die Zunahme in Höhe von rd. 700 T€ resultiert aus der planmäßigen Zuführung in den Spezialfonds zur Finanzierung der Deponierückstellungen. Der Fonds enthält im Wesentlichen festverzinsliche Rentenpapiere und Aktien. Die Zusammensetzung richtet sich

nach den Anlagerichtlinien der LHS. Der Marktwert zum 31.12.2016 betrug rd. 64,0 Mio. €.

Das Umlaufvermögen beträgt rd. 22,5 Mio. € (Vorjahr rd. 25,0 Mio. €). Die Verringerung resultiert im Wesentlichen aus einer Reduzierung des Betriebsmittelkontos um rd. 4,5 Mio. €, während sich die Forderungen/sonstige Vermögensgegenstände um rd. 2,1 Mio. € erhöhten.

Der Bilanzposten Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von rd. 30,9 Mio. € (Vorjahr rd. 34,8 Mio. €) enthält im Wesentlichen die Vorauszahlung an die EnBW. Der ursprüngliche Vorauszahlungsbetrag in Höhe von 77.256.000 € wird jährlich entsprechend der Laufzeit des Verbrennungsvertrages um 1/20 des Betrages, d.h. 3.862.800 € aufwandswirksam aufgelöst.

Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2016 rd. 14,4 Mio. € (Vorjahr rd. 17,4 Mio. €).

Rückstellungen werden in Höhe von rd. 64,4 Mio. € (Vorjahr rd. 65,1 Mio. €) ausgewiesen. Davon betreffen rd. 6,8 Mio. € Pensionsrückstellungen (Vorjahr rd. 6,6 Mio. €), rd. 458 T€ Steuerrückstellungen (Vorjahr rd. 458 T€) und rd. 57,1 Mio. € (Vorjahr rd. 58,0 Mio. €) sonstige Rückstellungen.

Die größten sonstigen Einzelrückstellungen stellen dabei die Deponierückstellungen (rd. 52,3 Mio. €) und die Rückstellungen im Personalbereich (rd. 4,2 Mio. €) dar.

Die Verbindlichkeiten betragen rd. 70,5 Mio. € (Vorjahr 71,6 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen rd. 38,1 Mio. € (Vorjahr. rd. 42,1 Mio. €) und resultieren aus dem o. g. Schuldscheindarlehen aufgrund des Verbrennungsvertrages.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen rd. 6,2 Mio. € (Vorjahr 5,6 Mio. €). Der größte Einzelposten ist die Verbindlichkeit gegenüber der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Stuttgart in Höhe von rd. 4,2 Mio. €.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Gebührenüberschüsse aus den Jahren 2012 - 2016 in Höhe von rd. 26,1 Mio. €.

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung vom 1.1. – 31.12.2016 (siehe Anlage 3)

Der Jahresverlust in Höhe von 3.079.748,70 € resultiert aus folgenden Ergebnissen der jeweiligen Betriebsbereiche:

	€
Straßenreinigung/Winterdienst	- 1.263.886,72
Abfallentsorgung	- 1.809.824,59
Mineralische Deponie	220.403,97
Öffentliche Toilettenanlagen	- 226.441,36
Fahrbetrieb	0,00
Werkstatt	0,00

Die Aufteilung der Erträge und Aufwendungen auf die sechs Betriebsbereiche ist im Lagebericht (Anlage 4) aufgeführt. Diese Tabelle entspricht gleichzeitig den Mindestanforderungen des Formblattes 5 EigBVO.

Die Umsatzerlöse betragen rd. 110,8 Mio. € (i. V. rd. 106,3 Mio. €) und beinhalten erstmals die Veränderung der Gebührenüberschüsse in Höhe von rd. 2,7 Mio. €. Die Vorjahreszahl wurde in Höhe von rd. 1,4 Mio. € entsprechend angepasst. Die Müllgebühren haben sich bei konstanten Restmüllgebühren aufgrund steigender Behälterzahlen von rd. 48,6 Mio. € auf rd. 50,1 Mio. € erhöht. Die Gehwegreinigungsgebühren haben sich aufgrund der Erhöhung des sog. „öffentlichen Interesses“ von 5% auf 15% von rd. 2,1 Mio. € auf rd. 1,7 Mio. € verringert. Die Erlöse gegenüber der LHS betragen rd. 8,3 Mio. € (i. V. rd. 8,2 Mio. €).

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von rd. 587 T€ (Vorjahr rd. 2,26 Mio. €) sind 259 T€ Gewinne aus Anlagenabgängen, sowie 174 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Der gesamte Materialaufwand beträgt im Berichtsjahr rd. 56,2 Mio. € (Vorjahr rd. 55,8 Mio. €). Der größte Posten sind Entsorgungs- und Verwertungsleistungen in Höhe von rd. 43,2 Mio. € (Vorjahr rd. 43,2 Mio. €).

Der gesamte Personalaufwand (incl. sozialer Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung) beträgt für 2016 rd. 40,1 Mio. €. (Vorjahr rd. 38,1 Mio. €). Der durchschnittliche Personalbestand betrug 2016 780,7 (Vorjahr rd. 749,8). Hauptursache für den gestiegenen Personalbestand sind das sog. 10-Punkte-Programm und die flächendeckende Einführung der Biotonne.

Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen rd. 6,7 Mio. € (Vorjahr rd. 6,4 Mio. €).

Die Aufteilung der Abschreibungen des Anlagevermögens auf die einzelnen Betriebsbereiche lautet wie folgt:

	T€
Fahrbetrieb	4.754
Abfallentsorgung	1.068
Straßenreinigung/Winterdienst	531
Werkstatt	117
Mineralische Deponie	196
Öffentliche Toilettenanlagen	40

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen rd. 6,5 Mio. € (Vorjahr rd. 6,7 Mio. €). Den größten Anteil in diesem Posten haben die stadtinternen Leistungsverrechnungen mit rd. 3,3 Mio. € (Vorjahr rd. 3,4 Mio. €).

Die Erträge aus anderen Wertpapieren betreffen wie im Vorjahr die Ausschüttung aus dem Spezialfonds in Höhe von 700 T€.

Die Zinserträge 2016 betragen rd. 158 T€ und betreffen im Wesentlichen die Abzinsung von Rückstellungen. Zinserträge aus der Verzinsung des Betriebsmittelkontos betragen nur noch rd. 3 T€. Eine Verzinsung des Betriebsmittelkontos erfolgt ab April 2016 nicht mehr.

Die Zinsaufwendungen 2016 betragen rd. 5,9 Mio. € und beinhalten rd. 1,7 Mio. € Zinsen aufgrund des Schuldscheindarlehens im Zusammenhang mit dem Verbrennungsvertrag und rd. 4,2 Mio. € Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen gemäß der Bewertung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz. Davon betreffen rd. 3,6 Mio. €

die Aufzinsung der Deponierückstellungen. Diese hohen Zinsaufwendungen resultieren zum einen aus der langen Laufzeit der Deponien (Nachsorgephase teilweise bis 2068) und aus dem der Aufzinsung zugrunde liegenden weiter gesunkenen Zinssatzes. Hier wirkt sich das seit Jahren anhaltende extrem niedrige Zinsniveau deutlich aus.

Im Berichtsjahr wurden Gebührenüberschüsse im Bereich Abfallwirtschaft in Höhe von rd. 3,5 Mio. € erzielt. Die wesentlichen Gründe für diese Einstellung waren im Vergleich zum Plan höhere Abfallgebühren (+1,1 Mio. €) höhere Nebenerlöse (+0,6 Mio. €), sowie geringere Kosten für die Altdeponien (- 0,4 Mio. €). Aus Gebührenüberschüssen der mineralischen Deponie resultieren weitere rd. 80 T€.

Die Auflösungen aus den Gebührenüberschüssen Abfallwirtschaft, mineralische Deponie und Gehwegreinigung betragen 2016 insgesamt rd. 6,3 Mio. €.

Der Jahresverlust 2016 beträgt 3.079.748,70 €.